

Solidaritätserklärung „Fridays for Future“ BUND e.V. & BUNDJugend

Wir freuen uns auf jeden Freitag. Denn seit Dezember letzten Jahres treten hier in beeindruckender Weise mit der Bewegung „Fridays for Future“ Schüler*innen für ihre Zukunft ein und fordern konsequenten Klimaschutz.

Wir begrüßen diesen notwendigen Schritt der jungen Generation als ein Zeichen lebendiger Demokratie. Hier wird sichtbar, dass immer mehr junge Menschen verstanden haben, dass ihre persönliche Zukunft vom Klimawandel betroffen sein wird und dass sie dieses nicht einfach so bereit sind hinzunehmen.

Wir sehen uns durch diese Bewegung gestärkt und ermutigt, weiter für unsere Ziele im Klimaschutz zu streiten. Dies beginnt mit dem konsequenten Einstieg in den Kohleausstieg, so dass in den Braunkohlerevieren keine Zwangsumsiedlungen mehr erfolgen und der Hambacher Wald erhalten bleibt. Die nationale Umsetzung der Pariser Klimaziele braucht aber noch deutlich mehr. Wir teilen die Rufe der Schüler*innen nach einer schnelleren Abschaltung aller Kohlekraftwerke ebenso wie deren Engagement für eine Wende in der Verkehrspolitik. Wir werden unsere Kraft dafür verwenden, hier wie in anderen wichtigen Bereichen politisch und gesellschaftlich voranzukommen.

Es ist richtig, dass junge Menschen nun aufstehen und sich für ihre Zukunft einsetzen. Denn sie sind diejenigen, die die Entscheidungen der Politik und vor allem deren aktuelle Versäumnisse beim Klimaschutz ausbaden müssen. Daher ist es auch eine Frage der Gerechtigkeit, jetzt auf die vielen jungen Stimmen zu hören. Auch ohne starke Lobby haben die Schüler*innen ein Recht darauf, dass ihre Interessen Gehör finden.

Die Schüler*innen die sich freitags aktiv mit einem der drängendsten Probleme dieses Planeten auseinandersetzen, verdient dabei Anerkennung und Respekt – nicht nur von uns, sondern von allen Seiten. Hier engagieren sich junge Menschen für das Wohl ihrer ganzen Generation und sammeln wertvolle Erfahrungen in der Schule der demokratischen Auseinandersetzung.

Daher ruft der BUND alle Akteure auf, sich als gute Demokraten diesem Protest auf Augenhöhe zu stellen. Derzeit wird von einzelnen Landesregierungen versucht, den Protest durch Drohungen und Ordnungsmaßnahmen einzudämmen. Was für ein jämmerliches Signal ist dies an die engagierten Schüler*innen? Sie sollen hier offenbar lernen, dass Demokratie nur als theoretisches Thema in den Fachunterricht gehört, aber nicht gelebt werden soll.

Der BUND ruft daher alle Kultusministerien auf, dem Recht auf freie Meinungsäußerung eine klare Priorität zu geben und allen Schüler*innen, die an den Kundgebungen und Demos der Fridays for Future – Bewegung teilnehmen, allein aus Gründen der Demokratiebildung den Rücken zu stärken. Auf jeden Fall ist jegliche Form von Diskreditierung und Einschüchterung sofort einzustellen und in Zukunft zu unterlassen.

In diesem Zusammenhang lobt der BUND ausdrücklich die verantwortungsbewusste Entscheidung vieler Schulen, die ihren Bildungsauftrag verstanden haben und ihrerseits ihren Schüler*innen auf vielfältigen Wegen eine Teilnahme an den Aktivitäten ermöglicht haben, statt disziplinarisch mit Ordnungsgeld und Zwangsmaßnahmen zu drohen oder gar einzelne handelnde Personen von der Schule zu verweisen.

Der BUND dankt allen Schüler*innen, die mutig an den bisherigen Protesten teilgenommen haben und wünscht ihnen das notwendige Durchhaltevermögen. Der BUND wird sich an der Seite der Schüler*innen auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Klimaschutz in allen Handlungsfeldern umgesetzt wird und es eine Zukunft für die junge und die kommenden Generationen gibt.

Berlin, den 21.2.2019